



Hendrik Siegel

Kandidat der FDP zur
Bundestagswahl im Wahlkreis 009
Ostholstein - Reinfeld - Nordstormarn

Brahmsweg 1
23611 Bad Schwartau
Telefon: (0451) 20 80 64
Mobil: (0179) 4 52 25 61
E-Mail: H.Siegel@FDP-BadSchwartau.de

www.FDP-Ostholstein.de

Presse-Information

Text: Hendrik Siegel (ViSdP)

Foto: Fotostudio Hellmann (Copyright)

22. September 2009

FDP ist die wirkungsvollere „Piratenpartei“: Am 27. September den Schutz der Bürgerrechte wählen!

Der FDP-Bundestagskandidat im Wahlkreis Ostholstein, **Hendrik Siegel**, rief zum Abschluss des Wahlkampfes dazu auf, für einen wirkungsvollen Schutz der Bürgerrechte zu stimmen: „In der nächsten Bundesregierung darf Freiheit kein Rand-Thema mehr sein!“

„Die Piratenpartei mag zwar eine sympathische Alternative sein – in Regierungsverantwortung wird aber allein die FDP dafür sorgen können, dass der Abbau unserer Freiheitsrechte ein Ende findet“, meint der 32-jährige Diplom-Jurist Siegel. Deshalb ist die FDP die wahre „Piratenpartei“ in der künftigen Bundesregierung. Er erinnerte daran, dass in den vergangenen Jahren allein FDP-Politiker mit Verfassungsbeschwerden gegen bedenkliche „Sicherheitsgesetze“ für den Schutz der Bürgerrechte einstanden.

Die Bürgerrechte sind die Grundlage unserer freien Gesellschaft. Der Staat hat jedoch immer tiefer in die Rechte der Menschen eingegriffen, ihre Freiheiten beschränkt und ihre Privatsphäre verletzt. „Wir wollen eine Gesellschaft, die ihren Bürgern vertraut – und in der Respekt und Toleranz gelebt werden kann. ***Die Bundesregierungen von Rot-Grün und Schwarz-Rot haben aber den Bürgern misstraut und sie dem Generalverdacht unterstellt, potenzielle Terroristen zu sein.***“

Die Liberalen wollen sich daher dafür einsetzen, dass keinerlei Zensur mehr stattfindet, auch nicht im Internet. Sie wollen unverhältnismäßige Freiheitsbeschränkungen aufheben, darunter den „Großen Lauschangriff“, die Vorratsdatenspeicherung, das Terrorismusbekämpfungsgesetz, die Einführung biometrischer Daten und das BKA-Gesetz. Die FDP geht ebenso konsequent gegen die Videoüberwachung öffentlicher Plätze vor und will eine effektive parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste – man hat allein am Beispiel des vermeintlichen „Bremer Talib“ Murat Kurnaz sehen können, wie unmenschlich deutsche Nachrichtendienste handelten, als sie trotz besseren Wissens die Folterung eines Unschuldigen im illegalen Lager Guantánamo duldeten.

„Wir wollen eine bessere materielle und personelle Ausstattung der Ermittlungsbehörden, eine verstärkte Polizeipräsenz vor Ort sowie eine bessere Ausstattung der Justiz. Einen Überwachungsstaat lehnen wir aber kategorisch ab“, so Siegel abschließend.